

Ausgegrenzt und angeschmiert

Bericht aus einem Land, in dem sich trotz allem noch Seidenhemden über Wohlstandsbäuchen spannen.



Hannes Nagel

Musenverlag * Edition Bewegungsmelder Januar 2014

Inhaltsverzeichnis

Zuerst hieß es „Übrigbleibende Wege

Ausgegrenzt und angeschmiert

Wolfgang Koschniks Demokratiediagnose

Wie der Boden bereitet wurde

Man glaubt, der Wahnsinn hat Methode

Schon wieder Faschismus

Als Frontex kurz vor Lampedusa...

Bewachte Grenzen: Aussperren und

Einsperren

Rohstoffsammlung und Datensammlung

Nachhaltige Lebensführung

Arbeit ist, was einer tut

Gemeinwohl und Gemeinlohn

Belebung alter Berufe

Erfreuliche Meldungen

Coverbild: Gitte Köppel

-1-

Seidenhemden über Wohlstands- bäuchen

Mein Zweifel lässt sich schlecht verhehlen

ich seh so viele Parallelen

ich hab geprüft, gesucht und sah

es war alles schon mal da

(Inschrift auf einer Kneipenklotür, Ostberlin 1985)

Zuerst hieß es „Übrigbleibende Wege.

Fliehende Menschen aus Nordafrika, Pakistan, Syrien, Osteuropa, aus Kriegsgebieten und aus kriegsgefährdeten Gebieten versuchen in die Europäische Union zu gelangen. Sie halten den Geltungsbereich des Schengenraumes für das „Gelobte Land“. Die Verarmung der lohnabhängig Beschäftigten in der Europäischen Union nimmt zu. Das Wohlstandsland BRD ist dabei nicht besser als die zu Unrecht viel gescholtenen Mittelmeerländer.

Obwohl in Deutschland viel zu bejammern ist, spannen sich im Vergleich zu den ganz und wirklich Armen immer noch Seidenhemden über Wohlstandsbäuchen. „Hartz Vier“ ist sogar in konservativen Medien zum Thema geworden. Es wird nicht einmal mehr der Ausdruck „Sozialschmarotzer“ benutzt. Das ist immerhin eine Entwicklung. Wir sehen:

Militarisierung der Außenpolitik, Überwachungsstaaten, Reduzierung der Menschen auf die Funktion „Verbraucher“ im Wirtschaftskreislauf, Ersetzung von Berufsausbildung durch Anlerntätigkeiten und nehmen immer häufiger den Ausdruck „Faschismus“ zur Beschreibung des Unbehagens bei den derzeitigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen wahr.

Im Grunde gab es den vorliegenden Text schon einmal. Im August 2008 erschien das Buch „Übrigbleibende Wege“ bei Book on Demand. Mir fehlten damals Wissen, Erfahrungen und Geld für einen richtigen konventionellen Verlag, der ein Buch herausbringt, welches dann im Laden gekauft wird. 2013 ist ein gewisses Maß an Wissen und Erfahrung hinzu gekommen. Fehlende Informationen und mein naives Vertrauen in Ehrlichkeit, Verbindlichkeit und Rechtschaffenheit einer Krankenkasse hatten zuerst eine Zwangsverschuldung bewirkt. Aus ihr kam ich nach fünf zermürenden Jahren durch die Hilfe eines Freundes heraus. Die brutalsten Erlebnisse waren das Auftreten einer Gerichtsvollzieherin und die zynische Bemerkung eines Anwaltes: „Was wollen Sie denn, Sie haben doch gar kein juristisches Problem.“ Die Sache mit der Gerichtsvoll

zieherin war so: Die Dame hatte sich, weil Fußball war, eine Deutschlandfahne auf die Backe gemalt. So erschien sie bei mir zu ihrem fragwürdigen Dienst. Ich war gerade beim Arbeiten und der Tisch war bepackt mit Unterlagen, Notizen und Ausarbeitungen zu einem Buch. Es sollte „Schlangen nährt man nicht am Busen“ heißen und vom schrittweise beginnenden Aufstand der Hartz-Vier-Opfer handeln. Es sollte eine gesellschaftliche Fiktion werden. Die Frau fragte: „Wollen Sie mir keinen Stuhl anbieten?“ Ich sagte: „Ist keiner frei“. Denn auf einem saß ich, auf dem andren lag ein Bücherstapel. Mehr hatte ich nicht. Ich war ja Hartz-Vier-Opfer. „Dann machen Sie wenigstens den Tisch frei, wie soll ich sonst arbeiten.“ Ich sagte: „Nein.“ Da wischte sie mit dem Arm die Unterlagen, Notizen und Ausarbeitungen zu meinem geplanten Buch vom Tisch, kippte die Bücher vom Stuhl und begann irgendwelche Formulare auszufüllen. Ich sollte das dann unterschreiben und wurde als „Leistungsbezieher“ bezeichnet. Ich korrigierte das Beschlagnahmungsprotokoll durch das Wort Hartz-Vier-Opfer. Seitdem gibt es mindestens ein amtliches Dokument, welches offiziell den Begriff Hartz-Vier-Opfer enthält. Das Erlebnis bestätigt mir, dazu berechtigt zu sein, die Schikannen von Ämtern gegen Hartz-Vier-Opfer

als Sozialfaschismus zu bezeichnen. Ich bin nicht der einzige, der auf dem Gebiet von Arbeitswelten und zunehmender Armut von einem „Faschismus neuen Typs“ spricht. Der Soziologe Richard Sennett nannte den neuen Typ „weichen Faschismus“ und der Göttinger Historiker Holdger Platta nannte den neuen Typ „kalten Faschismus“. Zu Dritt haben wir Recht mit unseren Auffassungen.

Als meine Mutter starb, nutzte ich das auf so traurige Weise gekommene zeitweilige Ende der Armut, um mich von allen Zwangsschulden frei zu kaufen. Mit dem verbliebenden Rest begann ich, mir eine selbständige Existenz aufzubauen. Seit 2010 betreibe ich eine Blog-Webseite mit dem Namen „Das Flugblatt“. Das Flugblatt funktioniert im Grunde genommen in Verbindung mit einer kleinen Tagelöhnerlei. Im Idealfall sammle ich täglich ein bisschen Essengeld ein und bezahle die laufenden Kosten aus meinem Erbe. Die Sammlungen müssen also ein wenig zulegen. Durch ein paar Weiterbildungen habe ich nachgeholt, was Hartz Vier zerstört hat. Schnell, sehr schnell baut der Geist ab, wenn er systematisch ausgehungert wird. In einer Verfilmung von Stefan Zweigs „Schachnovelle“ wird das eindrucksvoll gezeigt: Ein kultivierter Baron, der aus Zivilcourage oder einem Empfinden für Menschenwürde her

aus den Nazis Hindernisse ins Treiben legte, bekam über längere Zeit in einer Gefängniszelle nichts zu lesen und weder Papier und Bleistift, um zu schreiben. Für einen geistigen Menschen ist das eine Katastrophe. Als würde man einem Sportler jegliche Möglichkeit zur körperlichen Betätigung und zum Training nehmen. Machtlos muss ein Sportler in einer solchen Lage bei vollem Bewusstsein erleben, wie die Muskeln erschlaffen. Machtlos muss ein belesener Denker und Kulturmensch bei vollem Bewusstsein erleben, wie die Kreativität erschlafft. Sport und Denken sind ähnlich.

Den Versuchen der Arge, meine Kreativität erschlaffen zu lassen, wollte ich mich verweigern. Ich hatte es ja auch geschafft, mich der Verrohung durch das Militär zu verweigern, obwohl ich drei Jahre in deren Reihen verbrachte. Der Militarisierung meines Denkens verweigerte ich mich durch konsequente Hingabe an die Dienststellung „Unteroffizier Schwejk“. Der Erschlaffung meiner Kreativität widersetzte ich mich durch konsequente Planung der Zeitung „Das Flugblatt“. Die eigene Zeitung musste es auch deshalb sein, weil es unmöglich geworden war, die brennende sozialen Themen in die Öffentlichkeit zu tragen. Ich wollte mich nicht zum Hofberichterstatler oder zum Nachplapperer

von Investorengeschichten („Und er schafft so viele Arbeitsplätze“) machen lassen. Zumal ich den Kapitalismus von der menschenverachtenden Seite beim Umgang mit den Armen kennen gelernt hatte. Ich hätte doch gar nicht mehr Hartz-Vier-Opfer gemäß langjähriger Mainstream-Vorgaben als faules, asoziales Pack bezeichnen können. Das wäre ja sozusagen Klassenverrat. „Und was immer ich auch noch lerne: DAS bleibt das Einmaleins: NICHTS hab ich jemals gemeinsam mit der Sache des Klassenfeinds“.

In den Jahren nach der Erstveröffentlichung im Jahre 2008 bis 2013 haben sich viele Trends bestätigt, die bis 2008 noch als Spökenkiekerei gelten konnten. Damals gab es aber auch ein anderes Wegenetz von übrig gebliebenen Wegen als heute. Damals gab es noch ein paar mehr Möglichkeiten, die Machenschaften aus Politik, Finanzindustrie und Justiz zu umgehen. Die Lage der Hartz-Vier-Opfer wurde sporadisch auch von Mainstreammedien registriert. Und immer, wenn man nicht aufpasst, fühlt sich der Staat unbeobachtet und tritt gegen die Opfer der Finanzindustrie, zu deren Handlangern Politiker geworden sind. Es nützt, was Politik tut, nicht mehr der Gesellschaft. Was passiert mit der Gesellschaft? Datenschutz, Rechtsi

cherheit, Planbarkeit der Lebensgestaltung sind zum Nutzen des Kapitals ausgehebelt worden. Aus der Sicht der Mächtigen ist das richtig: Nimm einem Menschen jegliche Sicherheit, und er wird im Interesse seines eigenen Überlebens jeden Auftrag erfüllen, den Du ihm erteilst. Sei froh, wenn Du kein Mächtiger wirst.

Das Thema von 2008 blieb konstant. Die Kritik wurde schärfer. Wir bräuchten eigentlich regelmäßige Denkübungen und Denkmanöver, um die unbehaglichen Tendenzen unwirksam zu machen – also um Leid zu verhindern und Leben und Glück zu bewahren.

Ausgegrenzt und angeschmiert. Wolfgang Koschniks Demokratie- diagnose

Im Grunde genommen sind Politiker arme Schweine. Sie sind weisungsabhängig von der obersten Leitungsebene des Kapitals. Das ist die Ebene, auf der die Entscheidungen der globalen Finanzausstattung beschlossen wird. Dabei widerspricht es dem ganzen Wesen der Politiker. Politiker halten sich für Leute, die keine Weisungen befolgen, sondern Macht ausüben. Sie wollen sie haben und sie wollen sie einsetzen. Durch die Wirtschaft erleben die Politiker, dass sie selbst bloß Kapos in den gleichen Lagern

sind, in welchen sie ihre Völker halten. Und wenn sie dann von Herrchen einen Tritt in die Flanke bekommen haben, geben sie diesen Tritt unverzüglich an die Menschen weiter. „Wir haben schwierige Jahre durchgemacht, aber die Krise ist noch nicht vorbei“, tönen sie dann. „Das neue Jahr verlangt uns allen gemeinsame Anstrengungen ab.“ Sobald aber das Wort „Anstrengungen“ in der Form „nationale Kraftanstrengung“ auftritt, ist große Gefahr. Dann wissen insbesondere die Armen, die Ausgegrenzten, die Kranken, die Alten, die Arbeitslosen, die überflüssig Gemachten, dass sie von solcherlei Regierung und solcherlei Wirtschaft nichts zu erwarten haben. Wenn man sich in an die Wirtschaft wendet, um sich zu beschweren, weil die Politik Arbeitslosigkeit verursacht, dann ist das ungefähr so, als ob sich im Dritten Reich einer beim Führer über einen brutalen SA-Mann beschwert hätte. Denn die Politik setzt ja nur genau die Vorgaben um, die ihr die Wirtschaft erteilt. Alles, was seit 1995 geschah, war vorhersehbar. Die Militarisierung der Außenpolitik war genauso vorhersehbar wie die Einführung des Euros, die Erschaffung des flächendeckenden Niedriglohnsektors und die Agenda 2010. man konnte sehen, dass diese Tendenzen in der gesamten Europäischen Union statt

fanden. Es nützt nicht einmal, in ein anderes europäisches Land zu gehen, weil die soziale Lage überall gleich mies aussieht. Überspitzt könnte man sagen, dass Amerika die Europäer militarisiert hat. Europa hat seine Bürger erfolgreich zu Jobkonkurrenten gemacht. Fehlende Einigkeit schwächt die Fähigkeit der Opfer, sich gegen die Peiniger zu wehren. Und Deutschland immer mit dem Schmitt. Die Faschisierung der Sozialpolitik kam im Kielwasser des militarisierten sicherheitspolitischen Gedröhnes. Sie fiel im Grunde erst durch das öffentliche Bekenntnis von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Komplizen zu den sozialfaschistischen Ideen von Peter Hartz, dem Erfinder des nach ihm benannten Hartz-Vier-Zynismus, auf. Als Schröder dieses Teufelswerk als Agenda 2010 verkündete, musste den armen Teufeln im Lande klar gewesen sein, dass es mit den juristischen, gewerkschaftlichen und arbeitsrechtlichen Instrumenten keine Befreiung aus dem System gebe. Dass wäre ungefähr so, als würde man bei einer Verkehrskontrolle den einen Polizisten als Zeugen für das unrechte Verhalten des anderen Polizisten benennen. Alternativen zum System können also nicht AUS dem System selbst kommen. Aber es gibt Alternativen. Es gibt IMMER Alternativen. Es hatte lange nichts genützt,

auf diese Entwicklung aufmerksam zu machen. Es hatte wegen der inneren Zerissenheit der Ausgegrenzten und Angeschmierten keiner von denen zugehört, die es eigentlich anging. Immerhin befassen sich inzwischen auch renommierte Sozialwissenschaftler und Politologen mit dem Thema der faschisierten Arbeitswelt und der gewollten sozialen Armut. Ich beziehe mich auf einen mehrteiligen Essay von Wolfgang J. Koschnik und auf ein mehrteiliges Interview mit Werner Seppmann. Die Texte erschienen um Weihnachten herum im Internet-Magazin „Telepolis“.

Wie der Boden bereitet wurde.

Im Städtebau erlebt man oft, dass alte Häuser abgerissen werden, um neuen Gebäuden Baugrund zu bieten. Meist wird das neue ein Einkaufszentrum, ein Konsumtempel, eventuell ein Ärztehaus oder ein gehobenes Eigentumswohnungsensemble mit Ladenpassagen und Gastronomie. Dieses Klischee bedienen ARD, ZDF und RTL gerne in ihren Vorabendserien. Als ich noch einen Fernseher besaß, sah ich dies zuweilen bei „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“, „Marienhof“ und „Verbotene Liebe“. Zu meinem Glück und Wohlbefinden habe ich seit zwei Jahren keinen Fernseher mehr. Aber was im Lande geschah, konnte man irgendwie in An

deutungen aus dem Fernsehen erkennen. Diese Andeutungen betrafen hauptsächlich die Bereiche Polizei, Sicherheitspolitik, Wirtschaftskrise, Arbeit und Gnadenlosigkeit, wenn einem Menschen in seinem Leben mal etwas gewaltig fehl gelaufen war. Irgendwann holte die Realität die filmische Fiktion ein. Da konnte man aber schon nicht mehr sicher sein, dass filmische Schicksale nicht tatsächlich das eigene Schicksal werden würden. Aus eigenen Erfahrungen als Hartz-Vier-Opfer, aus Gesprächen, anhand eigener Zeitungsartikel und aus der Lektüre fremder Zeitungsartikel sowie aus Büchern ist es mir jetzt möglich, Antworten auf diffuse Fragen zu geben. Ich tue dies zunächst in Form von Thesenartig gelisteten Aussagen.

- 1.: Niemand hatte je die Absicht oder das Interesse, Arbeitslose wieder in eine Lohnertätigkeit zurück kehren zu lassen.
- 2.: Es sollen noch viel mehr Menschen arbeitslos werden bzw. auf das Niveau „Zwangsarbeiter“ wie in SS-Betrieben zurück geführt werden.
- 3.: Die Verarmung und Schaffung einer billigen arbeitenden Verfügungsmasse dient der Aufstellung der weltweit operierenden Wirtschaften zu einem von ihr geplanten oder vorhergesehenen Krieg um Rohstoffe und einen übrig bleibenden nutzbaren begrenzt

ten Lebensraum für Wenige.

4.: Funktionsträger in Partei, Staat oder Land kann nur werden, wer Dreck am Stecken hat, damit er per Erpressung in der Spur gehalten werden kann.

5.: Systematische Bildungsverhinderung soll das Volk vor zu viel Einblick in die Funktion und Benutzung von Herrschaftstechniken abhalten.

6.: Das Ende der formalen Demokratie wird über Nacht kommen.

7.: Gesetze haben nur deswegen negative Auswirkungen für die Armen, weil Arbeiter und Arbeitslose als Interessengruppe gar nicht in den Parlamenten vertreten sind.

8.: Die Gewaltenteilung wird schon deshalb ausgehöhlt, weil Mitglieder der Exekutive zum Teil auch als gewählte Abgeordnete zugleich der Legislative angehören.

9.: Reguläre Arbeiter und Angestellte, Zeitarbeiter und Hartz-Vier-Opfer werden systematisch von Verwaltung und Management gegeneinander ausgespielt.

10.: Parteien sind im Grunde für die Politik egal, weil es nur um berufliche Interessendurchsetzung ankommt.

11.: Die parlamentarische Demokratie ist dadurch die höchste Form der organisierten Kriminalität innerhalb eines Staates.

12.: Die Herrschaft ist eine

Zusammenrottung gegen das Volk.

13.: Die Repräsentanten gefährden den inneren Frieden des Landes. Es könnte zu offener Demokratiefeindlichkeit kommen.

Der erste Teil von Wolfgang Koschniks Essayreihe in „Telepolis“ heißt: „Die entwickelten Demokratien der Welt stehen am Abgrund“. In dem Beitrag habe ich mir die wichtigsten Sätze unterstrichen, die meine Überlegungen zur Neuauflage von „Übrigbleibende Wege“ bestätigen.

„Im Namen der Demokratie werden alle Arten von Verbrechen begangen“.

„Man glaubt mitunter noch, man habe es bloß mit einer besonders unfähigen Regierung zu tun.“

„Zwischen den Völkern und ihren Politikern ist ein tiefer Graben der Entfremdung aufgerissen.“

„Die politischen Institutionen sind handlungsunfähig, die Politiker taugen nichts, und der Staat ist bis über die Ohren verschuldet.“

„Volksvertreter dienen nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern nur noch den Interessen einzelner Gruppen.“

„Demokratische Staaten werden von Oligarchien beherrscht, die sich nicht mehr um die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Interessen der Menschen

kümmern.“

„Viele hoffen noch immer, dass Demokraten mit den Problemen einer Gesellschaft besser fertig werden als Diktatoren.“

„Das kann sich noch viele Jahre hinziehen, bis sie vollständig kollabieren. Aber der Kollaps ist unausweichlich.“

„Eigentlich könnte das Volk Entscheidungen auch selbst treffen und bräuchte gar nicht die Repräsentanten.“

Man glaubt, der Wahnsinn hat Methode

Neuerdings ist das Zeitungslesen stellenweise wieder hochspannend. Manche Schreiber trauen sich etwas. Meist sind es Blogger oder Denker. Das ist lobenswert, denn es unterscheidet sich wohltuend von der Hofberichterstattung aus Angst vor ausbleibenden Anzeigeneinnahmen. Der Wahnsinn der systematischen Verarmung hat ebenso Methode wie die systematische Vorbereitung auf einen schon wieder für unausweichlich gehaltenen großen Krieg – und zwar auch in Europa, also in der Europäischen Union, die für ihre wahnsinnig gefährliche antidemokratische und gewaltbegünstigende Politik den Friedensnobelpreis bekommen hat. Die Gewaltbereitschaft nach Außen und die soziale Härte im Innern ähneln sich in ihrer potentiell explosiven Wirkung. In einem

Telepolis-Interview Anfang Januar sagte die Sozialrechtsprofessorin Helga Spindler: „Armutslöhne haben eine wichtige Funktion.“ Wichtig sind solche Armutslöhne für die Wirtschaft, das Kapital und deren Nutznießer. Wenn einer die Leute nicht aus dem Verkaufserlös bezahlen muss, bleibt mehr in der „Schwarzgeldkasse“ der Reichen. Niedrige Löhne dienen auch einer erzwungenen Abhängigkeit von ergänzenden Sozialleistungen, die wiederum jederzeit gestrichen werden können, wenn das sie vergebende Amt Strafen gegen Hartz-Vier-Opfer und Aufstocker verhängt. Ich las kürzlich irgendwo, dass bei der Kalkulation von Preisen und Gewinnen schon von Anfang an fest mit Billiglöhnen auf Hartz-Vier-Niveau sowie den Aufstockungsbeträgen gerechnet wird. Das ist etwa so, als würde man ohne Geldbörse ins Restaurant gehen, weil man fest davon ausgeht, der Verzehr von Speisen und Getränken gehe aufs Haus.

Aber eine Funktion der Armutslöhne vermisste ich in dem Interview: Nämlich die Funktion der Lebenszeitverkürzung und der Ausgrenzung von Bildung und Kultur. Vor einigen Jahren tauchte hierfür das Wortungeheuer „sozialverträgliches Ableben“ auf. Das war schon eine sehr deutliche Ankündigung der sozialfaschistischen Absichten von

Wirtschaft, Kapital und Politik. Man muss sich dann gar nicht mehr wundern, wenn die Produktion von Exportgütern in Arbeitslagern erfolgt zu Preisen und Lohnkalkulationen wie in Rüstungsbetrieben des NS-Staates.

Schon wieder Faschismus

Faschismus ist keine Ideologie, sondern eine Methode. Zu dieser Methode gehört das systematische Verringern der Lebensqualität, systematisches Eindringen in die Privatsphäre und die Verschleierung politischer Entscheidungen, Absichten, Plänen und der Auswirkungen von Gesetzen auf die davon betroffene Gesellschaft. Erst dann, wenn kein wirksamer Widerstand mehr denkbar ist, benennt die Politik ihr Ziel ruckartig. Gerhard Schröders Bekanntgabe der Agenda 2010, die zu Hartz Vier, Armut und sozialer Abstumpfung führen sollte, war sozusagen der Schock, der in der zunächst schreckensstarren Gesellschaft die Ahnung aufkommen ließ, dass dies hier „schon wieder eine Art Faschismus“ ist. Die Schreckensstarre betraf viel zu lange nur die Primäropfer der Hartz-Vier-Gesetzgebung. Später rutschten Menschen nach, die sich wegen Arbeit nicht vorstellen konnten, auch in dieses Elend abzurutschen. Viele dachten, Qualifikation, Bildung und Fleiss sind ein Schutz gegen Ar

mut, aber das stimmt nicht oder nicht mehr. Mehrfach bezog ich mich auf den Artikel „The Age of Anxiety“, [Zeitalter der Angst] in: „The Guardian“ vom 23.10.2004. Das ist der Text, in welchem der Begriff „weicher Faschismus“ für die derzeitigen Arbeitswelten geprägt wird. Das Jahr 2004 war das Jahr, in welchem ich nach zwei Jahren als freier Journalist langsam merkte, dass, wer heute nicht etabliert ist, es niemals werden wird, und das dafür globale Trends in Wirtschaft und ihrer Politik verantwortlich sind.

Ein Jahr später, am ersten Januar 2005, wurde ich Opfer der Hartz-Vier-Politik in Deutschland und spürte am eigenen Leibe, was die globalen Trends mit den einfachen Menschen machen. Bei mir machten sie das Herz kaputt. Andere traf es härter, denn sie starben, ohne jemals wieder einen Ausweg aus Hartz Vier gesehen oder erlebt zu haben. Ich nannte die Vorgänge damals „Sozialfaschismus“, weil ich kein besseres Wort ersinnen konnte. Später fand ich heraus, dass der amerikanische Soziologe Richard Sennet diese modernen zerstörerischen Arbeitswelten als „weichen Faschismus“ bezeichnet hat, und zwar in einem Beitrag für die britische Zeitung „The Guardian“ vom 23. Oktober 2004 mit dem Titel „The Age of Anxiety“, deutsch: „Das Zeitalter der Angst“.

Faschismus ist zunächst keine Ideologie, sondern eine Methode. Harter Faschismus wie Hitlers Herrschaft oder Pinochets Diktatur regiert mit „eiserner Faust“, also mit Gewalt, Furcht und Terror. Der heutige weiche Faschismus hat von seinem brutalen Vorläufer gelernt, dass es auch so geht, dass man Angst vor sozialem Abstieg erzeugt. Damit geht dann die Angst vor Pfändungen einher und die permanente Kontrolle der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Bürger. An den Hartz-Vier-Opfern hat Deutschland den weichen Faschismus durch Aufhebung der Privatsphäre ausreichend durchexerziert. Politik und Wirtschaft wissen hier, dass man hier den Beschäftigten die Löhne so klein halten kann, dass der Staat sie aufstocken muss, wodurch er durch die von ihm erbrachte Leistung das „Recht“ erwirbt, in die privatesten Vermögens- und Lebensverhältnisse der Bürger zu schauen. Und trotzdem braucht kein Bürger Angst zu haben, denn Sennett hat auch einen Lösungsvorschlag parat: Man kann nämlich die Parteipolitik abschaffen und trotzdem die Demokratie behalten. Ich vermute, man muss dazu nur Wirtschaftsinteressen als eins von vielen Interessen betrachten. Interessenvielfalt wie Meinungsvielfalt sozusagen. Die ausführenden Behörden der Hartz-Vier-

Paragraphen haben den Zynismus des Erfinders Peter Hartz noch ins Quadrat gesteigert. Denn es ist kaum noch möglich, mit Büchern, Zeitschriften, Flugblättern und anderen Aufklärungsschriften jemanden bewegen, sich mit der täglich begangenen Missachtung der Menschenwürde zu befassen. Hartz-Vier-Opfern braucht man nicht zu erzählen, wie erniedrigend ein Leben in Hartz Vier ist. Und wer es noch nie erlebt hat, wird sagen: „Wir leben doch in einer Demokratie und haben einen Rechtsstaat“ – der aber scheint Holdger Platta und Rudolph Bauer gefährdet. Beide sind Herausgeber des im Laika-Verlag erschienenen Buches „Kaltes Land. Gegen die Verrohung der Bundesrepublik. Für eine humane Demokratie“. Im Einleitungskapitel fragt Platta ziemlich ungläubig angesichts der Tatsachen und teils auch eigener Erfahrungen, ob die „Entmenschlichkeitstendenzen“ wirklich wahr sein können. Platta wirft die Frage auf: „Ist Deutschland auf dem Weg in einen kalten Faschismus“. Die Frage hat allgemein schon Richard Sennett beantwortet, der die modernen Arbeitswelten für einen „weichen Faschismus“ hält, was im Grunde ein demokratisch verbrämter Faschismus ist. Woraus sich ergibt: Faschismus ist keine Ideologie, sondern eine Methode. Methoden sind wert

frei, manchmal verpönt, und in der Politik ist niemand gefeit gegen die Verwendung geächteter Methoden, wenn man mit der Methode meint Krisen lösen zu können. Plattas Auseinandersetzung liest sich spannend und führt all die reflexdemokratischen Analogieschlüsse ad absurdum. Wenn einer sagt: Bei den Nazis waren die Juden an allem schuld. Wer also heute sagt, die Manager sind an der Krise schuld, ist ein Nazi, also Faschist. Obwohl doch die Methoden nicht von den Kritikern der Methode angewendet wurden. Die Suche nach den zutreffenden Worten in diesem empfindlichen Begriffspark von Nazi, Faschist, Krise, Kapitalismus, Arbeitslosigkeit, Arbeit, Nichtarbeit, Sozialleistung und Menschenwürde gelingt Platta sehr gut. Die Genauigkeit erinnert etwas an einen Essay von Stanislaw Lem mit dem Titel „Provokation“. (Stanislaw Lem, „Provokation“, Wrocław 1980, Berlin 1985). Der Essay ist die Rezension des fiktiven zweibändigen Werkes „Endlösung Tod“ und „Fremdkörper Tod“ des fiktiven Autors Horst Aspernicus. Lems essayistische Rezension behandelt Völkermord, Holocaust und wie man ticken muss, um an so etwas mitzuwirken. Platta nennt die Tendenz zu Regelsatzkürzung, Isolierung und systematische Reduktion der Sinne von Hartz-Vier-Opfern einen Genozid. Zutreffend.

Die gründliche Auseinandersetzung mit allen Aspekten von Hartz Vier, die Assoziationen an Faschismus, Ausrottung und Genozid wecken, ist von beeindruckender Stärke. Folgerichtig entsteht ein Ruf nach Widerstand, nämlich dem Widerstand, dem Tod und seinen Handlangern zu widerstehen, indem man menschenwürdig lachend sinnerfüllt am Leben bleibt.

Für diesen Teil gehört das Buch gelesen. Lesen. Lesen. Lesen.

Als Frontex kurz vor Lampedusa...

Vor vielen Jahren bekam ich Kenntnis von Otto Schilys Benutzung des Wortes „Auffanglager“. Mit solchen Lagern wollte der damalige Innenminister Europa vor den Flüchtlingen aus Nordafrika bewahren. Er stellte damals rhetorisch die Frage, ob es denn etwas Besseres gäbe als Auffanglager in Nordafrika, um das Problem zu lösen. „Ja“, schrieb ich damals in einer Glosse, „die gibt es: Schiffe hin schicken und die Menschen abholen.“ Seitdem sammle ich ziemlich regelmäßig Material zu dem Thema, denn es soll daraus ein Buch entstehen mit dem Titel „Seidenhemden über Wohlstandsbäuchen“. Infolge der Lampedusa-Katastrophe im Oktober gehe ich mit dem, was ich heute erzähle, lediglich auf Medienberichte des

Jahres 2013 ein.

Im Jahr 2013 gab es bis Ende September in der Berichterstattung der Medien grob geschätzt 30 Meldungen über Flüchtlinge aus Nordafrika, die mit untauglichen Booten und ausgenutzt von Schleuserbanden versuchen, Europäisches Hoheitsgebiet zu erreichen, um dort Asyl zu finden und eine Chance zum Leben. Seit Oktober vergeht kein Tag ohne Meldungen zum Thema Flucht. Ich habe noch bis eben an der Aktualisierung des Vortrages formuliert, aber nur bis der Zug hier eintraf, dann war Redaktionsschluss. Einer der Trend der Meldungen heißt, dass die meisten Flüchtlinge sterben, bevor sie auf der Insel Lampedusa das Gelobte Land betreten. Dann schreiben die Zeitungen darüber kurze Notizen, manchmal zwei Spalten. Um die Meldung mit den ertrunkenen Menschen kommen dann größere Artikel zu den Themen Migration, Europa und illegale Einreise. So war es bis September. Seit Oktober 2013 vor Lampedusa ist vorübergehend alles anders. Zur Zeit geht es nicht um eine Handvoll verzweifelter Hoffnungssucher, sondern um 300 Tote und einer unbekanntem Zahl von Überlebenden, die im Flüchtlingslager Lampedusa unter Bedingungen Leben müssen, die noch schlimmer sein sollen als die Lage von Obdachlosen unter europäi

schen Brücken. Schon 2012 hat das deutsche Bundesverfassungsgericht für Recht erkannt, dass die Lage der Asylbewerber nicht schlechter sein darf als die Lage der Hartz-Vier-Opfer in Deutschland – Karlsruhe sagte allerdings nicht Hartz-Vier-Opfer. Das wäre zu viel Klartext, denke ich. „Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums“ nach Artikel 1 und 20 Grundgesetz, sagte das Gericht. Die Differenz des neuen Hartz-Vier-Regelsatzes zur Menschenwürde hatte Karlsruhe einvernehmlich mit dem Bundessozialgericht kurz zuvor für Null erklärt, obwohl es immer noch fragwürdig ist, wie Menschenwürde von Geld abhängig gemacht werden kann. Es hieß, das die Neubestimmung der Regelsätze „nicht in verfassungswidriger Weise“ zu niedrig angesetzt wurden. Also in verfassungskonformer Weise. Nach dem gleichen orakelhaften Schema scheint auch die Asylhilfe durch rechtssprachliche Neuformulierung gefasst zu sein. Zu offensichtlich stimmte die bisher übliche, bekannte und hingenommene Vorgehensweise nicht: Die Menschenwürde müsse „in einem europapolitischen und migrationspolitischen Kontext“ gesehen werden. Nach Angaben von N-TV sagte dies der Prozessvertreter der Bundesregierung. Das Gericht konterte: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“ Sie

ist, wenn sie nicht relativiert werden darf, absolut. Behörden und Ämter haben also die Pflicht, sich den Arsch aufzureißen und die Hacken abzulaufen, nur um jedem einzelnen die Menschenwürde zu garantieren. Dazu braucht man einerseits eine sehr, sehr fein differenzierte Vorstellung, was Menschenwürde ist, und andererseits nur genau diejenige Form von Hilfe zu gewähren, die ein in Not geratener Mitmensch erbittet.

Aus der Absolutheitsschlußfolgerung der Karlsruher Entscheidung ergibt sich nämlich eine behördliche Pflicht zur aktiven Aufnahme von Flüchtlingen, und sei es nur für eine 15jährige Atempause. Und damit sind wir bei der schäbigen Praxis der Seidenhemden, die den Lumpenfetzen nicht einmal einen Flicker für die größten Löcher gönnen. In der Europäischen Union spannen sich bildlich gesprochen immer noch Seidenhemden über Wohlstandsbäuchen, während vor den Toren Europas das nackte Elend lebt. Aber es lebt. Und es will menschenwürdig leben. Denn sonst stirbt es, ohne jemals die Chance auf eine Glücksmetamorphose gehabt zu haben. Das Bundesverfassungsgericht nannte die bisherige Praxis der Asylbewerber-Schikane „Ein bisschen hungern lassen, damit die Asylbewerber gehen“. Ich kann darin nicht einmal eine Art perverser Fürsorglichkeit des

Staates für seine Nationalbürger erkennen. Solch eine Fürsorglichkeit wäre gegeben, wenn die Regierung sagt: „Das Boot ist voll, es reicht nicht mal für unsere Arbeitslosen“. Aber die Nationalbürger werden den Nicht-Nationalbürgern, also den Asylanten, ja auch nicht wirklich bevorzugt gegenüber gestellt. Siehe Hartz Vier: Die Hartz Vier Opfer werden so behandelt, als wolle man sie aus dem Land vergraulen, während man Asylbewerber die Einreise so unbequem wie möglich machen will. Dabei würde es für alle reichen, und es bliebe sogar noch etwas übrig. Bescheidenheit, Nächstenliebe und Zivilcourage wären dafür allerdings nötig.

In beiden Fällen – Asylsuchende und Hartz-Vier-Opfer – herrscht dieselbe Form von Medienzynismus. Erst eine hinreichend große Zahl von Opfern macht aus einer Information eine Nachrichtenmeldung. Ansonsten machen die Medien folgendes: Wirtschaftssorgen stellen sie aus der Sicht der Konzernlenker dar und damit für Geldbesitzer. Für den Rest gibt's Sport und Promiklatsch. Meine tägliche Zeitungslektüre besteht übrigens aus Süddeutsche Online, FAZ online, Spiegel Online, Telepolis, Stern online und Focus online sowie Tagesspiegel Online und Ostseezeitung Print. Die Webseite des Nach

richtensenders N-TV gehört auch dazu.

Die Berichterstattung in den Medien erfasst immer die gleichen Aspekte. Vom 1. Januar 2013 bis 30. September 2013 brachten Telepolis, SZ online, Stern online, NTV und FAZ online insgesamt 15 Meldungen zum Themenkomplex Flucht-Nordafrika-Mittelmeer-Frontex-Europa. Neun von 15 Meldungen brachte Telepolis. Am 8. Februar „EU will polizeiliche Drohnen“, am 6. März „Expansion der Festung Europa“, am 2. Mai „BMI liebäugelt mit Spionagedrohnen über Nord- und Ostsee“, am 10. Mai „Frontex geht in die Luft“, am 13. Mai „Mittelmeer wird zum Testgebiet für Drohnen“, am 5. September „EU will Grenzen zu Nordafrika und Osteuropa mit Drohnen überwachen“, und am 26. September „Bundespolizei und BKA beobachten mit Satelliten“. In den Monaten dazwischen war Frontex entweder ein stiller und effizienter Hüter europäischer Grenzen oder es kamen gar keine Flüchtlinge. Der FAZ waren die Flüchtlinge am 8. Juli einen Bericht wert, weil Papst Franziskus Flüchtlingslager auf der Insel Lampedusa besuchte. SZ online war am 7. August aktiv mit der Meldung „Italien nimmt gestrandete Flüchtlinge auf“ und dann noch mal am 21. September mit dem Beitrag „Zynischer geht’s kaum“, der sich mit der Kriminalisierung von Flüchtlin

gen zum Zwecke der Ausweisung und der Asylablehnung befasste. Am 10. August meldete sich Stern online zu Wort mit dem Artikel „6 Männer sterben an sizilianischer Küste“. Auf der Webseite des Nachrichtensenders N-TV stand am 9. Juli „Wieder werden Flüchtlinge aufgebracht“ und am 23. Juli „Flüchtlinge stürmen spanische Exklave“. Am 30. September meldete NTV „13 Flüchtlinge sterben vor Sizilien“. Seitdem entwickelte sich daraus eine entsetzliche Tragödie mit bisher 300 qualvoll verreckten Toten.

Die Oktobertoten hätten alle gerettet werden können, wenn die Europäische Union an ihren Aussengrenzen statt die Grenzschutzagentur Frontex von der Leine zu lassen, Kreuzfahrtschiffe für wohlhabende europäische Seidenhemdenträger nach Nordafrika ablegen lässt und die Flüchtlinge respektvoll und menschenwürdig abholt und auf dem europäischen Festland aktiv an der gemeinsamen Organisation der weiteren Lebensgestaltung der Fliehenden arbeitet. Am 9. Oktober gab es eine Sendung im Deutschlandfunk über den Besuch des EU-Kommissionspräsidenten Jose Barroso. In dieser Sendung wurde der Gedanke der Abholschiffe mal von anderer Seite bestätigt. (Mich brachte ja damals Otto Schily auf den Ge

danken, als er nach einer besseren Lösung fragte als es sein Mittelmeerwall sein könnte. Alternativ wäre es auch möglich, dass sich die reichen Seidenhemdenträger Europas mit ihren Yachten für den Dienst an der Nächstenliebe und der Verantwortung für die Mitmenschen in Not zur Verfügung stellen.)

Von den Themen Migration, Europa und illegale Einreise stimmen nur die Begriffe Migration und Europa. Illegale Einreise aber ist ein reiner Auslegungsbegriff. Menschen, die außer ihrem nackten Leben nichts haben, werfen Bürokraten fehlende Einreise genehmigungen, Visa, Pässe und Papiere vor. Formaljuristisch mag das Betreten fremder Küsten ohne Pass, Zollkontrolle und jenseits der vorgesehenen Grenzübergangsstellen illegal sein – menschlich aber ist solches Tun ein Grundrecht, welches in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO in Worte gefasst ist:

„Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“ (Artikel 3) und „Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen“. (Artikel 14, Satz 1)

Der Alltag sieht anders aus als der fromme edle Text der Allgemeinen Erklärung der

Menschenrechte. Fliehende Russen zum Beispiel, wenn sie durch Polen durch sind, werden auf deutscher Seite in Haft genommen, berichtete die Süddeutsche Zeitung am 21. September. Das Amtsgericht Eisenhüttenstadt verurteilt sie dann im Schnellverfahren. So heißt es in dem Artikel „Zynischer geht es kaum“. Der Artikel ist ein Interview mit dem Juristen Andreas Fischer-Lescano, und der sagt dem Text zufolge: „Die Basis für eine Strafe muss immer die persönliche Schuld sein. Und das ist das Problem: Schon diese Basis fehlt. Die Genfer Flüchtlingskonvention verbietet es ausdrücklich, Einreiseverstöße bei Flüchtlingen zu bestrafen.“

Armut, Bürgerkriege, sonstige Unruhen und unbeschreibliches Elend bewirkten in den Jahrzehnten von 1948 bis heute im Grunde genommen für eine ständige Völkerwanderung. Manche suchen einfach nur Arbeit und gelten als Wanderarbeiter. Sie sind sozusagen privilegierte Migranten. Andere sind auf der Flucht und auf der Suche nach einem solchen Ort, der in Artikel 3 der Menschenrechtserklärung erwähnt wird: Ein Ort, der das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit garantiert. Diesen Ort sehen viele in der Europäischen Union. Seit den 90er Jahren macht die EU Schritt für Schritt ihre Grenzen dicht für Menschen, die keine Unions

bürger sind, sondern Bedürftige, die einfach nur Leben wollen, frei sein wollen und ein wenig Sicherheit für die kommende Zeit finden wollen. Das wichtigste Werkzeug der Europäischen Union zur Abdichtung der Außengrenzen ist die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX.

Zuerst kam Schengen. Mit dem Schengener Abkommen hatte die Europäische Union für EU-Bürger das Ende von Grenz- und Zollkontrollen an Grenzen der am Schengener Abkommen beteiligten Länder beschlossen. Wohlklingend wurde Schengen als weiterer Schritt bei der Integration Europas bezeichnet, indem der Wegfall der Binnengrenzen für einen freien und ungehinderten Fluss von Waren, Gütern, Dienstleistungen und Menschen Sorge. Aber es gab auch Erweiterungen der EU durch die Aufnahme neuer Mitgliedsländer. Der Schengenraum kannte nun keine Binnengrenzen mehr, aber es gab immer noch Menschen, die in den Schengenraum wollten, um der Armut, der politischen Verfolgung, der ständigen Unsicherheit in ihren Heimatländern entkommen wollten. Seit 1990 sind 6 hauptsächlich genutzte Fluchtrouten ins Europa des Schengenabkommens entstanden:

-Route über das westliche Mittelmeer

- Route über das mittlere Mittelmeer
- Route über das östliche Mittelmeer
- die Westafrika-Route
- die Route über den westlichen Balkan
- und eine Route über Griechenland und Albanien

Die Fluchtgründe entsprechen fast immer dem Credo der Bremer Stadtmusikanten in dem Märchen der Herren Wilhelm und Jakob Grimm. „Etwas besseres als den Tod finden wir überall.“ In den Märchen hatte das Wünschen noch geholfen. Heute hilft am Besten Handeln. Hätte ich eine Ferienwohnung zu vermieten, ich glaube, ich wüsste, was ich täte. Ich weiß, dies sagt sich leicht dahin, wenn man keine Ferienwohnung hat und also den Worten keine Taten folgen lassen muss. Es lohnt sich aber, die Idee in allen ihren Konsequenzen zu durchdenken, um in der Auswertung praktikable Lösungen zu finden. Frontex mag Abwehrmanöver trainieren, wir trainieren Menschlichkeit.

Wer aber sind die Flüchtlinge? Nach dem jüngsten Versagen der europäischen Menschlichkeit beim Drama vor Lampedusa schrieb der ehemalige Innenminister Günter Beckstein einen Gastbeitrag für die Süddeutsche Zeitung, Titel: „Lehren aus Lam

pedusa". Die Lehre ist ungefähr so wie die Lehre, die ein im Krieg unterlegener Generalstab zieht. Der kommt immer auf nur eine Schlussfolgerung: „Beim nächsten Mal müssen wir besser sein“. Welche Lehren leitet nun Günter Beckstein aus dem Tod von mehr als 300 Menschen ab?

Lehre Nummer 1:

„Die Flüchtlinge aus Nordafrika sind gut ausgebildete Eliten, die es in Europa nur besser haben wollen, weil sie zu Hause keine Arbeit finden.“

Lehre Nummer 2:

„Europa darf diese Fachleute ihren armen Heimatländern nicht wegnehmen“

Lehre Nummer 3:

„Flüchtlinge führen die Seenotsituation oft selbst herbei, um die Europäer zu zwingen, sie mit ihren Schiffen in europäischen Häfen abzusetzen, wo sie dann Asyl anmelden“

Lehre Nummer 3:

„Die Flüchtlinge suchen immer nur die reichen Länder der EU aus, aber nach Bulgarien oder Lettland wollen sie nie“

Lehre Nummer 4:

„Es ist unmoralisch, den Flüchtlingen Hoffnung aus Asyl zu machen, indem man einige Erfolgsgeschichten von Flucht und Asyl zulässt“

Lehre Nummer 5:

„Deutschland will die Menschen in unwürdigen Lebenslagen nicht allein lassen“.

Lehre Nummer 6:

„Zur Ernährung der Flüchtlinge muss die Genveränderung der Nahrungsmittel ausgebaut werden“

So etwas kann Beckstein in der SZ schreiben, ohne dass es entrüstete Stimmen gibt. Vielleicht ist das verständlich, wenn man auch noch folgende Meldung ebenfalls vom 18. Oktober registriert: „EU-Kommission und Länder streiten über die Seenotrettung“. Darin will die Kommission wörtlich folgenden Satz festlegen: „Die EU will grundsätzlich jedem in Seenot befindlichen Schiff und jeder in Seenot befindlichen Person Hilfe leisten“. Malta, Zypern, Italien, Spanien Frankreich und Griechenland wollen sich nicht so festlegen lassen. Was wird wohl geschehen, wenn ein europäischer Millionär mit seiner Yacht vor Malta hilflos im Sturm treibt und ein überfrachtetes Flüchtlingsboot auch? Wem helfen die edlen Retter von Frontex dann zuerst?

Medien, Öffentlichkeit und Forschung benutzen das Sprachbild von Flüchtlingsströmen, wenn sie Migration meinen. Ich bezweifle, dass das Sprachbild richtig ist.

Wären es „Ströme“, müsste es wesentlich mehr Berichte geben. Mit „Strömen“ würde man auch unaufhörliche endlose Trecks von Vertriebenen verbinden. Vereinzelte kleine Gruppen von Menschen, die allemal nur etwas Besseres als den Tod finden wollen, sind keine Flüchtlingsströme. Es wäre also sinnvoll, wenn man ungefähr verlässlich abschätzen könnte, wie sich die Zahl der nach Europa flüchtenden Menschen in den letzten zwei Jahrzehnten entwickelt hat. Das Schengenabkommen trat 1995 in Kraft. Dabei war es bereits 1985 zwischen Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich und Deutschland beschlossen worden. Das Ziel bestand im schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen. Im Juni 1990 hatte sich die Welt schon etwas weiter gedreht und ein paar geopolitische Änderungen mit sich gebracht, die im Niedergang des Sozialismus bestanden. Infolge dessen nahmen die Unterzeichner von Schengen 1 die Unterlagen wieder aus dem Schubfach und bearbeiteten sie. Die Folge war das Abkommen Schengen 2, welches eine Art Durchführungsbestimmung zu den politischen Vorgaben des Abkommens ist. Zur Zeit gehören 28 Mitgliedsländer der Europäischen Union und ein paar assoziierte Staaten zu den Unterzeichnern des Schengen-Ab

kommens. Die Grenzschutzagentur FRONTEX basiert auf den dem Schengen-Abkommen. Die 2004 gegründete Agentur ist der sicherheitspolitische und grenzpolizeiliche Arm der Mitgliedsländer an den Außengrenzen des Schengenraumes. Ihre Daseinsberechtigung leitet die Agentur aus der Anzahl illegaler Einreisen in den Schengenraum ab. Für 2012 verzeichnet sie amtlicherseits auf ihrer Webseite insgesamt 60.480 Fälle.

Jahr	Anzahl	Route
2012	10.300	mittleres Mittelmeer Somalia, Tunesien, Eritrea
	6.400	westliches Mittelmeer Algerien, Marokko
	170	Westafrikaroute Marokko, Gambia, Senegal
	6.390	Westbalkanroute Afghanistan, Kosovo, Pakistan
	37.220	östliches Mittelmeer Afghanistan, Syrien
Summe 2012	60.480	„illegale“ Grenzübertritte

Nach neuesten Zahlen soll die Personalstärke von Frontex bei 300 Mann liegen. Den Rest besorgen konventionelle Grenzschutzorgane. In den Pflichtveröffentlichungen über die Finanzausstattung und die Ausgaben für Beschaffung von Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung sind aber Einzelposten zu Versicherung, Versorgung, Betreuung, Bezüge und Sozialleistungen für den Gesamtpersonalbestand der Agentur enthalten. Ich wage es jedoch nicht, hieraus eine ungefähre Truppenstärke zu berechnen. Im Übrigen halte ich die Daten für irreführend, denn sonst wären sie als Verschlussache gekennzeichnet und nicht freizügig veröffentlicht worden. Ähnliche Kritik an internen Informationen wird auch im „Jahrbuch Öffentliche Sicherheit“ für das Jahr 2012 vorgebracht. Der Verfasser des Kapitels „Europas Grenzschutzregime“, Timo Tohidipur, beklagt in Abschnitt 2.2. „fehlende parlamentarische Aufsichtsrechte“.

Er schreibt, dass die parlamentarische Kontrolle, die sonst allgemein zumindest üblich ist, von vorn herein bei der Gründung von FRONTEX nicht vorgesehen war. Lediglich ein jährlicher Tätigkeitsbericht ist vorgesehen, der aber nicht tiefergehend nachprüfbar ist. Zitat: „Die Berichtspflichten sind dann wirkungslos, wenn bestimmte Bereiche wie

operative Themenkomplexe in den Berichten rechtswidrig gesperrt werden.“ Das ähnelt ein wenig der Methode des Teufels, der die Pressekonferenz zum Zwecke der Mitteilung erfunden hat, dass es in der Hölle warm ist, aber keine Messdaten vom Thermometer in der Mitteilung ausspricht.

Die Agentur Frontex agiert mit den Finanzmitteln, die ihnen ihre Mitglieder bewilligen. Im laufenden Jahr 2013 sind das 85 Millionen Euro. Das steht insofern fest, weil die Behörde diese Angabe machen muss. Über die Personalstärke gibt es keine verlässlichen Angaben. Das deutsche Innenministerium verkündet auf seiner Webseite, dass Deutschland mit 100 Mann an der Truppe beteiligt ist. Beteiligt sind alle Unterzeichnerstaaten des Schengen-Abkommens, also zur Zeit 28 Staaten. Ein paar hundert Mitarbeiter verfügen über ein Budget, welches seit Gründung der Agentur von 6 Millionen Euro auf 86 Millionen Euro im Jahre 2013 gewachsen ist. Der Budgetanstieg scheint nicht weiter verwunderlich, wenn die Information auftaucht, dass FRONTEX nach einer Reform im Jahre 2011 in eigenem Namen und mit eigenem Budget Schiffe, Hubschrauber, Waffen und Ausrüstung kaufen darf. Ich sage Waffen, weil außer Minister Thomas de

Maiziere in Europa niemand so scharf auf den Erwerb von Drohnen ist wie FRONTEX, weil sich mit Drohnen die Unionsaußengrenzen durch fotografische Überwachung und gegebenenfalls grenzpolizeiliches Eingreifen lückenlos abdichten lassen sollen. Prompt genehmigte die EU auch das Drohnen- und Satellitenüberwachungsprogramm EUROSUR am 10. Oktober. Als grenzgebranntes Kind frage ich mich und besonders die Verantwortlichen: Gilt die Abschottung nur für „die da draußen“? Oder auch nach innen? Zwischen dem antifaschistischen Schutzwall der DDR und dem Mittelmeerwall der Europäischen Union gibt es Parallelen.

Frontex hat außer bei Hardlinern keinen besonders guten Ruf in der Öffentlichkeit. Das hat viele Gründe, unter anderem das Verhalten der Agentur. Es gab mal einen Tatort, der sich mit einem wirklichen Fall einer Frontex-Jagd auf Flüchtlingsboote befasste, wobei mehrere Menschen im Mittelmeer starben und vom Meer an Italiens Küste gespült wurde. In jenem Tatort sagte die Kommissarin sinngemäß: „Frontex klingt irgendwie nach Unkrautvernichtungsmittel“. Für den schlechten Ruf kann die Agentur nichts, denn sie erfüllt ja nur die politischen Vorga

ben der Europäischen Kommission. Frontex ist ein Wachhund, der für seine Handlungen das Kommando seines Herrchens braucht und dann ein Leckerli in Form von Befugnissen und wohlwollender Budgetzuweisung bekommt. Die Agentur hat auch einen stillen guten Ruf. Der geht vom Wohlstandsbürgerstammtisch aus und heißt: „Das Boot ist voll“. Der Stammtisch hat keine Kenntnis von Singular, Plural und Semantik, sonst müsste er sagen: „Die Boote sind voll“, und er dürfte sie nicht auf Europa oder die Länder der Europäischen Union beziehen, sondern auf die überladenen Flüchtlingsboote. DIE sind es nämlich, welche voll sind. Europa hat noch viel Platz. In Ostdeutschland gibt es noch mehrere Hektar ehemaliger NVA-Militärareale, bereits erschlossen durch Kasernenbau und andere Anlagen. Man möge mir eine ehemalige Kaserne übertragen und ich würde mit Flüchtlingen, Helfern, Arbeitslosen und der Solarenergie innerhalb von 7 bis 10 Jahren die Grundlagen einer sich wirtschaftlich selbst tragenden Siedlung schaffen. Über jede Meinung erhaben sind aber die Zustände und Lebensbedingungen für diejenigen Fliehenden, die es bis aufs europäische Festland schaffen und einen Behördenkontakt erhalten – womit ihr Asylprozess formal erstmal startet. Ich habe seit

zwei Jahren keinen Fernseher mehr und keine Reisemittel. Ich habe daher weder im Fernsehen gesehen noch mit eigenen Augen geschaut, wie die Menschen in den Lagern hausen. Schaumstoffmatratzen, kaum sanitäre Einrichtungen, nicht einmal Zelte sollen zur Verfügung stehen. Wenn es stimmt, was ich gehört habe, soll zur Zeit streng darauf geachtet werden, dass in Lampedusa keine Fotoaufnahmen von Lagern und Menschen gemacht werden. Gesehen hab ich an offiziellen Fotos lediglich Lagerhallen mit Särgen. Ich finde das makaber: Die Toten werden in Hallen aufgebahrt, die Lebenden campieren solange im Freien, bis auch für sie ein Platz der Lagerhalle geschaffen wird.

Die oberste politische Führung ist die Europäische Kommission. Dort wird das Budget beschlossen und genehmigt, Übungen abgesegnet und interne Manöverkritik geübt. Die oberste Leitung der operativen Arbeit hat der Executive Director. Die untergeordneten 3 Hauptabteilungen sind:

Operative Abteilung: Zuständig für Gemeinsame Operationen, betreiben des Lagezentrums und für Risikoanalyse.

Abteilung für Planung und Kapazität: Zuständig für Training, Erhaltung der personellen Sollstärke sowie Forschung und

Entwicklung

und die Abteilung innere Verwaltung (administration Division):

Finanzierung, Beschaffung, Menschenführung, soziale Absicherung von Mitarbeitern und für die Klärung rechtlicher Angelegenheiten.

Apropos rechtliche Angelegenheiten:

Die größte Empörung ruft die Methode des Abfangens von Flüchtlingsbooten noch vor dem Erreichen europäischer Hoheitsgewässer hervor. Es ist eine seerechtliche Grauzone. Kurz gesagt verlassen Frontex-Schiffe ihr eigenes Operationsgebiet und suchen in internationalen Seegebieten nach Flüchtlingsbooten. Den modernen Schiffen ist es ein leichtes Spiel, Nussschalen mit entkräfteten Flüchtlingen abzudrängen, kurz bevor sie rettendes Ufer erreichen. Ohne Nahrung, ohne Wasser, ohne Kraft und mit lecken Booten sollen die Flüchtlinge auf offener See zur Umkehr bewogen werden – das bedeutet unweigerlich Tod. Das internationale Seerecht gebietet es jedoch, Schiffbrüchige aufzunehmen und zum nächstgelegenen Hafen zu bringen. Alles andere ist Unterlassene Hilfeleistung, bei der der Tod billigend in Kauf genommen wird. Dies ist eine Praxis, die der Europäische Gerichtshof im Februar 2012 als rechtswidrig verurteilt hat. Elf

Somalier und 13 Eritreer hatten gegen die italienische Küstenwache geklagt, die ihr Boot vor Lampedusa aufgebracht hatten. Sie wurden auf Kriegsschiffe verbracht, die die Opfer nach Tripolis lieferten statt in einem italienischen Hafen in Sicherheit zu bringen

„Zur Asylgesetzfestlegung
probt Frontex schon die Abfangübung.
Ein Küstenwachschiff zeigt Präsenz.
Es demonstriert mit Vehemenz
dass auch ein deutsches Küstenweherschiff
gern trägt Paramilitärschliff
Nimmer sieht man sie ermüden
bei Gefahrenabwehr aus dem Süden.
Europa macht sich um den Wohlstand Sorgen
Im Süden gibt es oft kein Morgen
Die Reichen haben Angst vorm darben
und 20 Asylanten starben
weil Frontex, kurz vor Lampedusa
lachend beim Verrecken zusah“

Bewachte Grenzen: Aussperren und Einsperren.

Der Zweck von Grenzkontrollen ist die Registrierung der einreisenden Personen. Sind sie Touristen, ist alles in Ordnung, denn sie fahren ja auch wieder nach Hause. Besonders gern gesehen sind sie, wenn sie viel Geld

haben und großzügig ein paar Taler im Land lassen. Flüchtlinge sind nie gern gesehen. Sie beantragen Asyl, obwohl es ihnen auch ohne Antrag zusteht. Für die Europäische Union ist die Grenzschutzagentur FRONTEX mit dem Schutz der Schengenheimat zu Land, zur Luft und auf der See beauftragt. „Ist beauftragt“ heißt: Ihr Auftrag kommt von der Europäischen Kommission. Die Umsetzung organisiert der „Executive Direktor“. Der ist sozusagen der Oberste Stabschef von FRONTEX. Seine Truppe kann und soll die Außengrenzen der Europäischen Union auch mit Beobachtungsdrohnen überwachen. Aber kann diese Grenzbewachung nicht auch Menschen innerhalb der EU an einer möglicherweise nötig werdenden Flucht hindern? Für diese Überlegung gibt es nur einen Grund: Es ist derzeit alles denkbar, und in der Politik traue ich fast jedem fast alles zu. Dann bringt das historische Gedächtnis noch die Assoziation mit dem antifaschistischen Schutzwall der DDR hervor. Antifaschistischer Schutzwall war der Propagandaname für die Westgrenze der DDR und um Westberlin herum. Sie hatten den Auftrag, den bitterbösen Klassenfeind vom unrechtmäßigen Betreten des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf Deutschem Boden zu hindern, wenn es sein muss, mit der Waffe in der

Hand. Die Wahrheit war kürzer: Die Mauer sollte den Weg der Menschen in den Westen stoppen, wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand. Und wenn nun die Ausgrenzung der Migranten ein willkommener Vorwand ist, aus der EU ein komfortables Arbeitslager zu machen? Für Unionsbürger, die sowieso und überhaupt gerade systematisch an Minilöhne, Zeitarbeit und prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gewöhnt werden? Weiß „die Wirtschaft“ schon Dinge, die wir noch nicht wissen oder noch nicht wissen sollen? Weiß sie das und bringt sich strategisch in Stellung? Bereitet sie sich vor, mit uns in der Rolle des nichts ahnenden Kanonenfutters?

Rohstoffsammlungen und Datensamm- lungen

Spiegel Online gab am 31. Dezember 2013 das Stichwort „Geheime Rohstofflager“. Aluminium, Kupfer, Nickel und Zink sollen in Lagern verschwinden, die von keiner Marktbehörde mehr kontrolliert werden können. Das ist eine Aussage, die die Information enthält, dass bisher die Hersteller von Aluminium aus Bauxit und Kupfer, Nickel und Zink aus den dazugehörigen metallhaltigen Steinen die Mengen ihrer Metalle an eine Marktaufsichtsbehörde zu melden haben. Diese Behörde heißt London Metal Exchange

(LME). Und nun weiß die LME nicht, wie viel Metall in welchem Marktwert im Umlauf ist. Denn aus den zertifizierten Lagern sind ein paar Tonnen oder etwas mehr verschwunden. Ohne Nachweis. Und diese könnten gerade den Grundstock einer taktischen Reserve im beginnenden verschärften Rohstoffkrieg darstellen. Neu ist das nicht: Man kann es Spekulationsreserve nennen. Man kann aber auch Reserven anlegen, um nicht auf die Substanz zurück greifen zu müssen. Wenn Privatleute sich ein paar unregistrierte Reserven ablegen, wird dies steuerlich, juristisch und politisch als Hamstern bezeichnet – oder als Horten – und mit empfindlichen Strafen belegt, wenn es raus kommt. An Privatleute kann im Ernstfall die Weisung ergehen, dass Lebensmittel, Ersatzteile, Holz, Zement, Dachziegel, Alteisen, leere Batterien an staatlichen Sammelstellen abzugeben sind. Das war im Sozialismus die ziemlich vernünftige Organisation des Altstoffhandels. Der Name Altstoffhandel enthält den Wortbestandteil Handel, so dass der Sammler dem Aufkäufer verkauft und dem Verarbeiter und der bringt's wieder in den Handel. Bei der Menge an Glas, Papier, Plastermüll und Schrott kommt man auch mit geringen Preisen auf ein auskömmliches Einkommen. Bei Wertstoffhöfen hat man meines Wissens

nach für die Ablieferung zu zahlen, so am Ende der Recyclingkette einer alles umsonst kriegt und die anderen gehen leer aus. Ebenso wie Metalle und Sekundärrohstoffe sind Daten Rohstoffe. Daten sind Informationsschnipsel von Schuhgröße, Einkaufszettel, Internetnutzung, Telefonbenutzung, Wohnort, Mikrozensus, Fragebögen, Formularangaben, Aktennotizen, Registrierungen, Anmeldungen, Fahrkarten, Reiseziele, Hotelbuchungen und freundschaftliche Kontakte. Man weiß gar nicht, aus welchem Abfall das „Datamining“ Bilder über Menschen zusammensetzen kann. Manchmal ist das absurd. Denn was zum Beispiel in einer Akte steht, sagt mehr über den Sachbearbeiter aus, der es da hinein geschrieben hat, als über das Wesen des amtsbetroffenen Menschen. Man soll eben nicht schon Schlußfolgerungen auf der Basis von Informationen ziehen, die man nicht alle beisammen hat. Daten sind Rohstoffe für Werbeunternehmen, Suchmaschinenoptimierer, Persönlichkeitsprofilierer und damit auch für die Parasiten der Spurensuche, die Geheimdienste. Geheimdienste und Unternehmen, die sich personalisierten die Einkaufsprofilen, Interessenprofilen und Nutzerprofilen befassen, sind die Einzigen, für die das Sammeln und Auswerten von digitalen Spuren interess

sant ist. Alle anderen tippen sich an die Stirn und vermuten wahrscheinlich zu Recht, dass diese „Tunnel 38“ genannte Branche einen Schuss am Frontallappen hat.

Nachhaltige Lebensführung

Arbeit ist, was einer tut

Arbeit ist, was einer tut. Einer tut etwas als Minijobber oder Aushilfskraft, um seinen Hunger nach einem kleinen bisschen Leben zu befriedigen, ein anderer kontrolliert nur sein Vermögen und stapelt es um, um den Hunger nach noch mehr Vermögen zu befriedigen. Diese unterschiedlichen Verhältnisse, in denen etwas getan wird, nennt man Arbeitswelt. Die bekannteste Arbeitswelt ist die Welt von Menschen, die per Arbeitsvertrag an die Verrichtungen von Handlungen zum Nutzen von jemand anderem gebunden sind. In der Gastronomie sind vom Tellerwäscher bis zum Hoteldirektor alle lohnabhängig an einen Vertrag und damit einen Vertragspartner gebunden. Unterschiede bestehen lediglich in der Lohnhöhe, den Inhalten der zu verrichtenden Arbeiten und der rechtlichen Behandlung im Falle von Konflikten, die das Arbeitsrecht betreffen.

Die Welt der Gesellschafter, Kapitaleigner oder Aktionäre bleibt den Angehörigen der eigentlichen Arbeitswelt verschlossen. Es ist

eine Welt, in der Arbeit darin besteht, Geld zu vermehren, Kapital umzuschichten und dort anzulegen, wo ein halbes Prozent mehr Rendite aufdringlich Investitionen schreit. Im Prinzip ist Kapital anlegen auch schwere Arbeit. Schwer sind auch die Tätigkeiten Steuerehinterziehung, Anlagebetrug, Fernsehgewinnspiel, oder Banküberfall. Es kommt also immer darauf an, für wen die Arbeit getan wird. Wenn eine Arbeit nur dann das Leben ermöglicht, wenn das Leben eines anderen eingeschränkt wird, ist es schlechte Arbeit. Tellerwäscher, Hilfskräfte, Kellnerinnen und Kellner, Küchenpersonal haben selten oder nie die Gelegenheit, diejenigen Leute kennen zu lernen, denen das Hotel per Grundbucheintrag, Vermögensbilanz und Verfügungsrecht gehört. Das Management ist in dieser Arbeitswelt lediglich eine leicht erhöhte Stufe in der ansonsten gleichen Arbeitswelt, mit der das einfache Dienstpersonal täglich zu tun hat. Personal und Management stehen zueinander wie Mannschaftsdienstgrade und Unteroffiziere.

Die vertragsgebundene Arbeitswelt ist für viele die einzig vorstellbare Arbeitswelt. Sie erscheint vielen auch als die einzig richtige Welt, selbst wenn sie nicht schön ist. Im Grunde kennt man überall die Merkmale der Arbeitswelt heutzutage – mal hat man sie

am eigenen Leib gespürt, mal kennt man jemand, dem so geschah, mal hat man davon gehört. Es geht um Anlernkräfte, die in 14 Tagen das Pensum lernen sollen, welches früher in einer dreijährigen Berufsausbildung vermittelt wurde. Für Reinigungsdienste und Küchenjob werden Menschen einfach vermietet und nach Gebrauch zurück gebracht. Mietautos werden besser behandelt als Leiharbeiter. Die müssen nämlich betankt zurück gegeben werden. Früher gab es auch gewisse Standardlöhne, die man akzeptieren konnte. Heute wird von vornherein gesagt: Biete Job auf 400 Euro Basis. Davon müssen noch nicht einmal Krankenkassenbeiträge abgeführt werden, deshalb gibt es mehr Stellenanzeigen auf 400-Euro-Basis als Arbeit mit echtem Lohn. Richtig schlimm ist aber das Gefühl der vertragsgebundenen Arbeitskräfte. Viele fühlen völliges Fehlen von Dankbarkeit und Anerkennung. Manche Leistungen sehen Chefs nicht, denn sie sind betriebsblind oder haben irgendwelche Renditevorgaben im Kopf. Im Bereich von Forschung kann man aber ebenfalls wütend werden. Das steht einer kurz vor dem Abschluss einer Forschungsarbeit innerhalb eines Forschungsteams – und dann wird sein Forschungsvertrag nicht verlängert, ein anderer Nachwuchswissenschaftler forscht

weiter – und die ganze bisherige Forschung war für den A-A-Aber das stört die Financier nicht, ob sie jemandem wissenschaftlichen Dank und berufliche Anerkennung und die ganze BISHERIGE Existenz zerschlagen. In dieser Skizze dürfen sich wiedererkennen die Branchen Gastronomie, Handel, Versicherung, Publizistik, universitäre Forschung, Maler, Klempner, Bauhandwerke Lehramtsabsolventen, Lehrer, Sozialarbeiter, Künstler – also alles, was keinen Millionenschweren Familienbesitz im Hintergrund hat oder wenigstens eine gehobene Beamtenstellung mit Pension. Richter müsste man sein – oder ein freier Mensch, der beim Erwerb seines Lebensunterhaltes nicht behindert wird. Ein kluger menschlicher Mensch brachte es auf den Punkt: „Die Welt, in der man kein Unternehmer sein muss, um sich selbst zu verwirklichen, ist noch nicht erfunden worden.“ Zum Lebensunterhalt gehört übrigens auch die Anerkennung der Arbeit. Arbeit ist auch schon dann Arbeit, wenn das Ergebnis noch nicht da ist, weil der Prozeß noch läuft.

In der üblichen Arbeitswelt nennt man den Lohn den Lebensunterhalt. Jemand verdient seinen Lebensunterhalt, indem er für einen anderen Arbeit verrichtet und im Idealfall dafür das Geld bekommt, um die Miete zu

bezahlen und Lebensmittel sowie Kleidung. Wenn das Geld dafür nicht reicht, muss man sich einschränken oder mehr fordern. Praktisch läuft es immer auf das Einschränken hinaus. Denn die Kosten steigen, weil die Angehörigen anderer Arbeitswelten die Möglichkeit haben, die Bedingungen der lohnabhängigen Arbeitswelt nach ihrem Willen zu gestalten. Wenn arme Menschen sparen müssen, sind Ämter ganz schnell mit dem Spruch zur Stelle: „Sie müssen ja nicht teuren Kaffee trinken, Kaffee ist Luxus, den brauchen Sie nicht. Aber bitte, trinken Sie doch ruhig Kaffee - wenn Sie ihn sich leisten können.“ Kaffee ist kein Luxus. Kaffee ist für Kaffeetrinker die erste Freude des Tages. Es ist ein Genuss, wie kurz innezuhalten, in die Sonne zu blinzeln, den Duft der Blumen zu atmen und sich innerlich bereit zu machen für die Tätigkeiten, die in den nächsten acht Stunden zuzüglich An- und Abfahrt zur Arbeitsstelle getan werden sollen. Essen kochen, Gäste bedienen, Brötchen backen, Regale auffüllen, Rechnungen buchen, Verbände wechseln, Patienten pflegen, Züge abfertigen, Fahrkarten kontrollieren, Zeitungen verkaufen, Haare schneiden, Waren ausliefern, Güter transportieren, Straßen reparieren, Rasen mähen, Straßen reinigen, Wäsche waschen und Formulare bearbeiten

oder am Fließband zu malochen. (Komisch, dass Leute, die über andere Menschen amtliche Entscheidungen treffen dürfen, Sachbearbeiter genannt werden, obwohl sie für Menschen zuständig sind.)

Das Leben kann also nach tiefsitzenden Ansichten und Verhaltensmustern nur über den Umweg eines Lohnes erhalten werden. Die Höhe des Lohnes beeinflusst die Dauer des Lebens. Jede Arbeit soll dazu dienen, am Leben zu bleiben, sich gesund zu ernähren, zu wohnen, wie es dem Wesen des Menschen entspricht, und ein variables Tauschmittel zu haben, mit dem man als Maler die Dienste eines Arztes für sich nutzen kann, wenn der gerade im Gegenzug keinen Bedarf hat, die Wände gestrichen zu bekommen. Nur für solch eine Art von Fähigkeitsaustausch ist Geld als Tauschmittel sinnvoll. Geld ist nur eine Variable. Es hat an sich gar keinen Wert. Geld ist nur das Wort „Dingsda“ in einer Kommunikation, wenn dem Sprecher ein konkretes Wort nicht einfällt. Geld ist abstrakt, aber Arbeit, Tat und Handlung sind konkret. Zum Lebensunterhalt gehört auch die Anerkennung der Arbeit.

Was einer tut, soll bezahlt werden

Jegliche Betätigung zum Erhalt des Lebens ist Arbeit. Jegliche Form von Arbeit ist deshalb auch als Arbeit anzuerkennen. In der

Realität gilt aber ein verschwiegener Grundsatz: Arbeit dient nur dann dem Erhalt des Lebens, wenn durch die Tätigkeit das zum Leben benötigte Tauschmittel Geld den Arbeitenden zur Verfügung gestellt wird. Die monetäre Anmaßung dieser Geisteshaltung ist ein Willkürinstrument der Beherrschung der Lebensqualität von Menschen. Wenn der Lohn für eine geleistete Arbeit verweigert wird, werden Menschen dahin gedrückt, nur solche Arbeiten auszuführen, von denen ein Dritter den Nutzen hat. Zum Beispiel spinnt einer für 20 Pfennig Wolle für einen andren, der mit dieser Wolle dann 100 Pfennige verdient, indem er sie überteuert an jemanden verkauft, der daraus einen Stoff webt. Besser wärs da schon, wenn Spinner und Weber gemeinsam am Stoff wirken, dann noch einen Schneider dazu nehmen, und sich den Erlös von Kleid und Hemd und Hose teilen. Ein Lohnvergabeprinzip für nur solche Tätigkeiten, die den Mächtigen gerade genehm sind, bedeutet Unfreiheit. Sklaverei. Abhängigkeit.

Das Beispiel scheint im ersten Moment ein hinkender Vergleich zu sein, denn Spinner, Weber und Schneider sind in der Regel arbeitslos in der Bedeutung: „Mensch ohne Einkommen als selbständiger Unternehmer oder ohne Besitz eines Arbeitsvertrages“.

Wer also ohne Arbeitsvertrag oder Gewerbeschein einer dem Lebenserhalt dienenden Tätigkeit nachgeht, wird amtlicherseits nicht als arbeitender Mensch anerkannt. Daher wird ein solcher Mensch auch systematisch von sozialer Unterstützung ausgeschlossen. Und dennoch ist das Sammeln von Pfandflaschen zum Zwecke des Umtausches gegen Geld harte Arbeit, genau wie Schufteln auf dem Bau, Räuchern von Fischen oder der Job als Lageraushilfe in der Kaufhalle. Und wenn einer im Herbst Äpfel von Straßenbäumen erntet, so ist das sein gutes Recht und fleißige Arbeit, genau wie die Ernte von Äpfeln als Saisonarbeiter oder Ein-Euro-Jobber auf einer Plantage eines Plantagenbesitzers fleißige Arbeit ist. Jeder einzelne Arbeitslose ohne jegliches Einkommen, aber mit dem Wunsch nach Arbeit, Leben, Geldverfügung könnte seinen Lebensunterhalt durch sinnvolle Arbeit erhalten. Die behördliche Arbeitsverwaltung durch die Jobcenter wäre überflüssig, wenn die Verwaltung der Arbeit und die Erhaltung eines menschenwürdigen Lebens in den Händen der Arbeitslosen selbst läge. Arbeitslose brauchten sich dazu nur in einer „Genossenschaft eigenverantwortlicher Arbeitsverteilung“ (GEAV) zu organisieren. Für den leider nicht völlig überflüssigen monetären Aspekt benötigt dieser

Tagelöhnermarkt lediglich eine jährliche Abschlagszahlung an die Arbeitslosen in Höhe von 12.000 Euro pro Mensch. Die Einnahmen aus der Arbeit würden der Gemeinschaftskasse wieder zufließen, um den Tagelöhnermarkt auch im Folgejahr zu bedienen.

Gemeinwohl und Gemeinlohn.

„Um uns selber müssen wir uns selber kümmern“, dichtete Bertolt Brecht und die Erwerbslosen von heute erleben täglich: man will sie nicht und doch müssen sie sich ausgerechnet an jene wenden, die ihnen gar keine Hilfe in der Not geben wollen. Menschen in der Notlage eines fehlenden Einkommens können einzeln nichts machen, aber gemeinsam. In der Gemeinschaft einer Selbstverwaltung der Arbeitslosigkeit stecken viele Möglichkeiten: Sie befreit von Sanktionen und Schikanen und wird von Menschen vorgenommen, die ihre Fähigkeiten kennen und für anstehende Aufgaben einsetzen können. Die Selbstverwaltung der Arbeitslosen muss daher ohne Bitte um Erlaubnis oder Zustimmung und überhaupt ohne Antrag erfolgen. Wenn der Staat nicht bereit ist, 12.000 Euro pro Jahr und Kopf einkommenslosen Menschen oder Minijobbern zur Verfügung zu stellen, muss es auch mit weniger gehen. Dann würde es eben Arbeitsgruppen oder Arbeitszellen geben von

Berufen, deren Fähigkeiten sich ergänzen. Zellen klingt besser, denn es erinnert an das revolutionäre Umfeld, welches es in früheren Zeiten von Kämpfen für eine soziale Einträglichkeit gab. Frühere Zeiten: Das heißt: So um Bismarck herum. Die Gruppe der Einkommenslosen in einer Stadt dürfte groß genug sein, um auch Leute zu enthalten, die Listen mit den anstehenden Aufgaben und weitere Listen mit den zur Arbeit bereiten Bürgern anfertigen können. Dann kennt man die Belegschaftsstärke und die Kenntnisse und kann jeden nach seinen Fähigkeiten einsetzen. Der Lohn für die geleistete Arbeit könnte spaßeshalber mal den Kommunen in Rechnung gestellt werden. Sie würden es ganz gewiß nicht zahlen. Aber sie müssten schon jetzt die Kosten der Sozialversicherung, der Rentenbeiträge und für die Mieten übernehmen. Wenn der Staat dieses DAS tut, bedeutet es im Prinzip, dass die Bürger zu Stadtbeschäftigten werden, aber nicht als Angestellte, sondern in einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Mitgesellschafter. Sogar Tagelöhner eines Tagelöhnermarktes könnten Mitgesellschafter werden. Das besagt die Pflicht zur Grundsicherung. Die Erlöse aus der geleisteten Arbeit – Umsätze durch Touristen, Einnahmen aus Vermietung von Ferienunterkünften, mobile Versorgung

mit Früchten aus Gärten – stehen dann denjenigen zu, die selbst die Ärmel hochgekrempt haben und in dem zum Saustall gewordenen Sozialstaat mal aufräumen. Schrieb ich „Saustall“? Ja. Hartz-Vier ist ein Saustall.

Der Saustall Hartz Vier lässt sich durch die Anwendung einer schon bestehenden Erfindung ausmisten: Durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für jeden. Die einen rufen „Hurra das ist die Lösung“, die anderen halten das für völlig unfinanzierbar, und selbst die hierdurch Beglückten meinen oft: Der Mensch ist noch nicht bereit dazu.

Doch, das ist er. Wenn Grundeinkommen und Arbeit auf alle verteilt würden, könnte es funktionieren. Bereits bestehendes Vermögen wäre unantastbar für die Gesellschaft, aber verfügbar für die Besitzer. Praktisch könnte das Grundeinkommen auch eine Grundausstattung genannt werden. Jeder Bürger könnte zu Beginn der Volljährigkeit mit 18 Jahren oder bereits mit 14 Jahren ein finanzielles Startpaket vom Start erhalten. Das Paket fördert den Gedanken an Sparsamkeit, klugem Einsatz der Mittel und erzieht zur Ehrlichkeit in geschäftlichen Dingen. Wenn man eine unternehmerische

Tätigkeit nie gelernt oder eingeübt hat, fällt man regelmäßig immer wieder auf „Schwarze Schafe“ herein. Diese leben bevorzugt in den Branchen Telekommunikation, Versicherung und Krankenkasse. Die Aufzählung der Branchen betrifft ausdrücklich nur die Schwarzen Schafe in diesen Branchen, also die „Schwarze Unterbranche“. Alle anderen sind selbstverständlich davon ausgenommen. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen könnte die Arbeitslosigkeit auf einen unbedeutenden Wert sinken, der ohne Einschränkungen von der Gesellschaft „mitgezogen“ werden kann. Schließlich braucht die Gesellschaft keine Arbeitsbeschaffung, sondern Einkommensbeschaffung. Nichts spricht dagegen, arbeitslose Angehörige unterschiedlicher Berufe in dezentralen Gruppen zusammen zu fassen, um ihre Fähigkeiten zur Selbstversorgung einzusetzen. Zwei der größten Kostenprobleme der gegenwärtigen Gesellschaft – Miete und Energie, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung – wären mit einer Neugestaltung des Prinzips Wohngemeinschaften lösbar. In früheren Jahrhunderten konnte man in die Neue Welt auswandern, um sich eine neue Existenz aufzubauen. Heute heißt die Herausforderung für die Armen, sich innerhalb der reichen Gesellschaft eine neue Existenz aufzu

bauen. Beide Seiten müssen nur wollen.

Belebung alter Berufe und andere erfreuliche Meldungen

Ich hatte mal beim Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg gefragt, ob sich dort schon mal erforscht hat, inwiefern neue Berufe auf eine Zweitnutzung der Fähigkeiten aus alten Berufen genutzt werden könnten. Eine brauchbare Antwort bekam ich nicht. Ich dachte eigentlich, es wäre doch Schade, einen Sattler nicht mehr zu brauchen, weil kaputte Taschen weggeschmissen werden. Eine neue zu kaufen ist meist billiger als eine alte zu reparieren - „Der Verbraucher will das so“. Neuerdings scheinen sich viele wieder zu erinnern. Wenn man noch einen kennt, der wusste, wie man das alte Handwerk ausübt, dann ist der zunehmend wieder gefragt. Neulich hatte ich kurz die Gelegenheit, mich mit dem Thema „Tinteherstellung“ zu befassen. Es gibt Bücher, die vor 400 Jahren geschrieben wurde, deren Tinte heute noch weitestgehend unverblasst ist. Was man vor 20 Jahren auf einer Diskette gespeichert hat, kann heute kein Computerprogramm mehr lesen. (Wissen Sie noch, was Disketten waren? Ich hab keine mehr, sonst hätte ich Ihnen hier ein Foto davon gezeigt.) Und überhaupt: Das Leben könnte viel nachhaltiger sein, wenn

der Kapitalismus seine eigenen Kosten selber zahlen müsste. Dann würde er nämlich merken, dass die meisten Kosten unsinnig sind, weil sie an sich gar nicht auftreten. Geld ist nur in einer konstanten Höhe gut und darf nicht zum Spekulationsobjekt werden. Dann kommt man mit wenig aus und hat dennoch nichts zu entbehren. Der Kapitalismus ist so zerstörerisch teuer, dass man sich ihn gar nicht mehr leisten kann. Für ihn sind genau die Berufe unnützlich, die einer nachhaltigen Lebensweise dienen: Sattler, Gerber, Färber, Spinner, Künstler, Hausmeister (Heizung, Sanitär, Strom), Lebensmittelselbstversorger.

Belege und sonstige Hinweise

Anna K., „Total bedient“

Hannes Nagel, „Omelett oder Rührei eine franziskanische Wirtschaftsordnung“

Hannes Nagel, „Übrigbleibende Wege“

Holdger Platta, „Kaltes Land“

Inge Kloepfer, „Aufstand der Unterschicht“

Jean Ziegler, „Der Haß auf den Westen“

Julia Friedrich, Eva Müller, Boris Baumholt,
„Deutschland Dritter Klasse“

Reinhard Stransfeld, „Deutschland zerfällt“

Thomas Rietzschel, „Die Stunde der Dilettanten“

- Ulrike Hermann, „Hurra, wir dürfen zahlen“
Hannes Nagel, „Rezension: Faschistoide Arbeitsmärkte des Westens“, in: „Das Flugblatt“ Nr. 24 vom 08. Juni 2011
- Holdger Platta, „Kaltes Land“, Hamburg 2012
- Richard Sennett, „The Age of Anxiety [Zeitalter der Angst]“, The Guardian vom 23. 10. 2004
- Wolfgang Koschnik, „Die entwickelten Demokratien der Welt stehen am Abgrund“, Telepolis 23.12.2013
- Wolfgang Koschnik, „Die repräsentative Demokratie frisst ihre Kinder“, Telepolis 23.12.2013
- Wolfgang Koschnik, „Leben wie die Maden im Speck“, Telepolis 26.12.2013
- Wolfgang Koschnik, „Parlamentarier sind Vertreter der Parteifunktionäre“, Telepolis 28.12.2013
- Wolfgang Koschnik, „Eine Form der milden Funktionärsdikatur“, Telepolis 01.01.2014
- Wolfgang Koschnik, „Der Staat als Selbstbedienungsladen der Politik“, Telepolis 13.01.2014
- Werner Seppmann, „Bettler und Obdachlose wurden wieder zu einem gewohnten Bild in den städtischen Zentren“, Interview Telepolis 24.12.2013
- Werner Seppmann, „Auf der Basis der Steuergesetze von 1998 wären über 50 Milliarden mehr in den Staatskassen gelandet“, Inter

view Telepolis 25.12.2013

Werner Seppmann, „Keynesianismus für die Reichen“, Interview Telepolis 27.12.2013

FAZ, „Abba-Star für Abschaffung des Bargeldes“, 03.01.2014

Tagesspiegel, „Larry Summers will Bargeld abschaffen, damit Staat und Banken besseren Zugriff haben“, 14.01.2014

Spiegel Online, „Geheime Schattenlager bedrohen den Metallmarkt“,

Telepolis, „IWF drängt auf die Enteignung der Sparer“,

Süddeutsche Zeitung, „Leben mit mehreren Jobs“,

FAZ, „Viele Selbständige verdienen weniger als 8,50 pro Stunde“,

N-TV, „DIHK sieht falsche Anreize durch Mindestlohn“,

Telepolis, „Die sogenannte Urkatastrophe“,

Spiegel Online, „Euro-Krise und Erster Weltkrieg: Das Udenkbare durchdenken“,

Spiegel Online, „1914, 2014 und weiter?“,

Hannes Nagel, „Arbeit ist, was einer tut“,

Edition Bewegungsmelder, Musenverlag, Juli 2013

Süddeutsche Zeitung, „Grünes Wachstum gibt es nicht“, 17. 01.2014

N-TV, „Auch in der EU kann es bald krachen“, 17.01.2014

FAZ, „Auch Strom-Selbstversorger sollen Ök

oumlage zahlen“, 22.01.2014

Telepolis, „Große Teile der bürgerlichen Mitte sind dabei, sozial zu verrohen“, 24.01.2014

N-tv: „Fundgrube Müllkippe: Rohstoffsuche im Abfall könnte sich wieder lohnen“, 25.01.2014

